

Integrationspolitik im schulischen Alltag

Halten Sie ähnliche Vorkommnisse wie an der Rütli-Schule in Berlin auch in Bayern für wahrscheinlich?

Eine Umfrage ergab folgendes Ergebnis:

48% der westdeutschen Bevölkerung stimmte mit „Ja“ und 60% der ostdeutschen Bevölkerung.

Zur Erinnerung:

Vor einem Jahr gab es an der Rütli-Schule in Berlin, die traurige Bilanz:

„Rütli-Schule in der Sackgasse angekommen, es gibt keine Wendemöglichkeit.“

Das Lehrerkollegium der Hauptschule in Berlin Neukölln mit nur einem Fünftel Deutscher Schüler hatte die Schulschließung gefordert. Mangelnde Unterstützung durch die Behörden, keine zusätzliche pädagogische Unterstützung durch Schulpädagogen und Schulpsychologen forderten diesen Hilferuf nach den gewaltsamen Ausschreitungen der Schüler geradezu heraus. Freilich, die Perspektivlosigkeit der Hauptschüler war groß. Kein einziger Schulabgänger hatte einen Ausbildungsplatz!

Zwei Dinge stießen sauer auf bei der Diskussion:

1. Ausländische Jugendliche wurden unreflektiert mit Randalierern gleichgesetzt
2. Öffentliche Aufmerksamkeit erhielten die Lehrer scheinbar erst nach der Kapitulation ihrer schwierigen pädagogischen Arbeit

Da drängen sich Fragen auf wie

- Musste es erst soweit kommen?
- Wie soll man die Spirale der Gewalt stoppen?
- Wie kann man Pädagogen den Rücken stärken?
- Wie soll man Eltern und Jugendlichen die Angst vor der Zukunft nehmen?

Zunächst ist festzuhalten, dass die Hilferufe aus Berlin kein ursächliches Ausländerproblem waren. Tagtäglich wird pädagogisch wertvolle und nachhaltige Arbeit an den Schulen im friedlichen Miteinander geleistet. Die Hände dürfen jedoch nicht in den Schoß gelegt werden und es bedarf neben entsprechenden Finanzmitteln auch eindeutiger Rückendeckung für die Schulen.

Was heißt das konkret?

- Intensivierung der Deutschförderung

Bereits vor Schuleintritt müssen Deutschkenntnisse fundiert werden, um den Schulstart gelingen zu lassen. Die defizitären Kenntnisse der deutschen Sprache führen bei Kindern mit Migrationshintergrund nicht selten zu geringem Schulerfolg. Deshalb ist eine gezielte Sprachförderung schon vor Eintritt in die Grundschule notwendig. Schulische Fördermaßnahmen, wie Sprachlernklassen, Übergangsklassen oder Intensiv- bzw. Förderkurse im Fach Deutsch müssen sich daran anschließen. Wissenschaftliche Erkenntnisse zum Spracherwerb und lernpsychologische Forschungsergebnisse dienen dem Lehrplan für Deutsch als Zweitsprache als Grundlage und müssen verstärkt in der Lehrer(-fort-)bildung thematisiert werden.

- Mütter lernen Deutsch an der Schule ihrer Kinder

Als Hauptursache für die oft beklagte mangelhafte Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache werden Verständnisschwierigkeiten und Schwellenängste

der Eltern angegeben. Zahlreiche ausländische Mütter verfügen nur über geringe Deutschkenntnisse. Mit Sprachkursen am Vormittag für Mütter deren Kinder zeitgleich die Schule besuchen, lassen sich diese Defizite beheben. Zudem dient ein solcher Sprachkurs der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus. In den Sprachkursen werden auch schulische und fächerspezifische Inhalte aufgegriffen, etwa Elternbriefe, Schullaufbahn, Erziehungsfragen, Lernmittelfreiheit, Formulare aller Art, Fachausdrücke oder Rechenverfahren. Erziehung von Kindern braucht den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus. Ohne Elternmitwirkung bleibt pädagogische Arbeit der Schule oberflächlich und bruchstückhaft.

- Interkulturelle Erziehung üben

Integrationspolitik im schulischen Alltag widmet sich neben dem wohl wichtigsten Bereich, dem Kommunikationsmittel „Sprache“, auch der Interkulturelle Erziehung. Ausländische Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Sprachen bereichern den Unterricht und beleben den Schulalltag, an Schulen mit einem hohen Anteil ausländischer Kinder besteht aber auch die Gefahr kultureller und gesellschaftlicher Konflikte. Hier setzt die interkulturelle Erziehung an, die das Kennen lernen der unterschiedlichen Kulturen, gegenseitige Toleranz und Akzeptanz sowie weitergehendes Verständnis im Umgang der Schülerinnen und Schüler miteinander beinhaltet. Ziel ist die Gewaltprävention und das friedliche Miteinander in unserer Gesellschaft.

- Schule und Bildung als gesellschaftlichen Auftrag verstehen

Schule ist das Spiegelbild der Gesellschaft. Jeder Schüler bringt seine eigene Biographie hierhin mit. Denkweisen der Familien, Verhaltensmuster, Bildungsstand der Eltern zeigen sich in der Schule genauso wie sich Probleme in den Familien in der Schule zeigen. Deshalb ist es von ungeheurer Wichtigkeit, dass Bildungseinrichtungen von der Gesellschaft - von uns allen - begleitet werden und ernst genommen werden mit Ihren Sorgen und Nöten.

- Schulbegleitende Maßnahmen

Die Kooperation mit der Polizei, die als wichtiger außerschulischer Kooperationspartner Erziehungsarbeit unterstützt wie im „Schulschwänzerprogramm“ ist ein guter Weg der Prävention. Mit schulbegleitenden Maßnahmen wie dem „Streitschlichterprogramm“ lernen Schüler selbst Verantwortung zu tragen und sich mit ihrer Schule zu identifizieren. Schüler werden zu Streitschlichtern ausgebildet und lernen Konflikte verbal zu lösen. Schwierigkeiten müssen bereits im Anfangsstadium gelöst werden. Dafür bedarf es sozialpädagogische Unterstützung bereits an Grundschulen.

- Perspektiven geben

Angesichts der neuesten Ergebnisse sowohl der IGLU-Studie als auch der PISA-Studie muss es gelingen auch Schülerinnen und Schülern aus Arbeiterfamilien und aus Familien mit Migrationshintergrund den Zugang zur Tertiärbildung zu eröffnen. Angesichts des in den Industriestaaten zu verzeichnenden Rückgangs der Zahl der unqualifizierten Arbeitsplätze besteht die Gefahr, dass Geringqualifizierte zunehmend zu einer Belastung für die Gesellschaft werden und sich mit wachsenden Ungleichheiten konfrontiert sehen. Die Schaffung gleicher Chancen für Schülerinnen und Schüler aus finanziell besser und schlechter gestellten Familien ist nicht nur eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch eine Möglichkeit, mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte im eigenen Land zu haben und so die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands insgesamt zu erhöhen.

Es bleibt festzuhalten: Wir müssen investieren in Sprach- und Präventivprogramme und gleichermaßen in gemeinsamer Anstrengung mit den Unternehmen unseres Landes den Jugendlichen Perspektiven geben.

Barbara Regitz
Stadträtin, Seminarrektorin